Sitzung	Gemeinderat - öffentlich - 23.07.2019		
Beratungspunkt	Brigach- / Bregzusammenfluss, Auepark Donauursprung - Vorstellung überarbeitete Planung		
Anlagen	1		
Kontierung			
vorangegangene Beratungen	Vorlage Nr. 4-096/16 4-024/18 4-084/18 Verschiedenes	Sitzung TA-Ö TA-Ö TA-Ö TA-Ö	Datum 27.09.2016 20.02.2018 08.05.2018 09.07.2019

Erläuterungen:

Der Technische Ausschuss hat sich zuletzt am 8. Mai 2018 mit der Planung für die Neugestaltung des Brigach- / Bregzusammenflusses befasst. Folgender Beschluss wurde gefasst:

1. *Der Umsetzung der Variante I A unter uneingeschränkter Erhaltung der Sportanlagennutzung sowie Verlängerung des Radweges bis zum Mündungsbe- reich wird zugestimmt
(7 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen)
Variante I A ist damit wegen Stimmengleichheit abgelehnt.*
2. *Aufgrund neuer Erkenntnisse hebt der Technische Ausschuss den Beschluss vom 20. Februar 2018 auf.*
3. *Der Technische Ausschuss beschließt, den Beschluss vom 20. Februar 2018 derart zu modifizieren, dass weitere ca. 8 m nach Westen, parallel zur Böschungsoberkante und eine zusätzliche Aufweitung im Bereich der neu geplanten Brücke dem Land Baden-Württemberg für die neue Breggestaltung zur Verfügung gestellt werden. Die Sportanlagennutzung muss uneingeschränkt erhalten bleiben. Der Radweg muss bis zum neuen Brückenbauwerk verlängert werden.*
4. *Der Bau einer Brücke zwischen Kleingärtnern und Hundefreunden soll in einer der nächsten Sitzungen separat behandelt werden.
(12 ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)*

Das Regierungspräsidium hat angekündigt, dass die bisher abgestimmte Planung nochmals überprüft werden muss, weil von Seiten der Planer Bedenken bestehen, ob diese Lösung aus ökologischer und hydraulischer Sicht funktionieren wird. Am 25. April 2019 hat ein Gespräch im Regierungspräsidium, Außenstelle Donaueschingen, stattgefunden. Teilnehmer waren vom Regierungspräsidium Frau Reichegger, Herr Stenzel und Herr Seng vom Planungsbüro 365°; von der Stadt Donaueschingen Bürgermeister Graf, Frau Schneider, Herr Unkel und Herr Haller.

Hierbei wurde schlüssig dargelegt, dass es notwendig ist, die Breg vor der Brücke im Bereich des Sportgeländes stärker nach Nordwesten mäandrieren zu lassen. Seitens der Stadt wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass dies nur unter zwei Bedingungen in Frage kommen kann:

1. Die Diskuswurfanlage muss nach wie vor funktionieren.
2. Der Radweg darf nicht beeinträchtigt werden.

In der bisherigen Planung zeigten sich Einschränkungen für die Diskusanlage. Diese können durch eine leichte Verschiebung der Böschung nach Osten jedoch behoben werden.

Der Radweg zwischen Diskusanlage und Fluss würde allerdings so stark eingeengt, dass er nur mit einem unverhältnismäßig großen Zaun gesichert werden könnte. Das ist für die Stadt nicht hinnehmbar. Die Vertreter des Regierungspräsidiums haben daraufhin die schon früher mal angedachte Rad- und Fußgängerbrücke im Bereich der Kleingartenanlage ins Spiel gebracht. Als **Anlage** beigefügt ist der neue Lageplan, Variante 3.

Seitens der Stadt wurde erläutert, dass dieser neuen Planung nur zugestimmt werden kann, wenn die dadurch erforderliche Rad- / Fußgängerbrücke auf Landeskosten gebaut wird (Auslöser für den Bau ist eine Planungsänderung des Regierungspräsidiums).

Eine Erklärung zur Kostenübernahme kann nur mit Zustimmung des Abteilungspräsidenten erfolgen. Diese Zustimmung zu erhalten war wegen zu erwartender Zusatzkosten (mindestens 200.000,-- €) schwierig. Mit E-Mail vom 28. Juni 2019 wurde der Verwaltung mitgeteilt, dass die Zustimmung aus Freiburg jetzt vorliegt unter der Voraussetzung, dass

- die Brücke nach dem Bau von der Stadt übernommen wird und
- künftig auch die Unterhaltslast bei der Stadt liegt.

Das Regierungspräsidium möchte noch im Juli die Genehmigungsplanung für das Projekt „Naturnahe Umgestaltung am Zusammenfluss von Brigach und Breg“ beim Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis einreichen.

Der Technische Ausschuss wurde vorab in der Sitzung am 9. Juli 2019 bereits über das Projekt informiert.

1
2
3
5
7
9
BM

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat stimmt der Umsetzung der vorgestellten Variante 3 zu.
2. Die Stadt übernimmt die vom Land Baden-Württemberg neu gebaute Rad- / Fußgängerbrücke und trägt alle künftigen Unterhaltskosten.

Beratung: